

---

**B e r i c h t**

**ü b e r d a s**

**G e s c h ä f t s j a h r**

**2 0 0 9**

---



## **Geschäftsbericht 2009**

### **10. Geschäftsjahr**

Vorgelegt der  
ordentlichen  
Hauptversammlung  
am 26. April 2010

---

**Rheinisch-**

**Westfälische**

**Sterbekasse**

**Lebensversicherung**

**Aktiengesellschaft**

Geschäftsstelle:

Lindenallee 74

45127 Essen

Telefon: (0201) 247 99-0

Telefax: (0201) 247 9999

---

---

Im Jahr 2001 hat die  
Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung AG  
das gesamte Vermögen und den Geschäftsbetrieb des  
Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit  
Rheinisch-Westfälische Sterbekasse VVaG  
übernommen.

Sie steht damit in der Tradition des 1888 ursprünglich für die  
Beamten der Stadt Essen gegründeten Versicherungsvereins  
auf Gegenseitigkeit, einer der ältesten  
Selbsthilfeeinrichtungen.

---

---

## Inhalt

---

	Seite
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009	6
Bilanz	18
Gewinn- und Verlustrechnung	20
Anhang	
- Allgemeines	21
- Erläuterungen zur Bilanz	23
- Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	30
- Entwicklung der Aktivposten	33
- Überschussbeteiligung	34
- Aufsichtsrat, Vorstand und Treuhänder	35
- Persönliche Aufwendungen und Personalbestand	36
- Konzernvermerk	37
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	38
Ergebnisabführung und Gewinnverwendungsvorschlag	39
Bericht des Aufsichtsrats	40
Anlage zum Lagebericht	
- Bewegung des Bestands an Sterbegeld- und Zusatzversicherungen	42

### **Geschäfts- und Rahmenbedingungen**

Das Geschäftsjahr 2009 war geprägt von den weltweit anhaltenden Turbulenzen an den Finanzmärkten und der wirtschaftlichen Rezession. Die internationale Immobilien- und Bankenkrise hat die Realwirtschaft nach dem im Winterhalbjahr 2008/2009 stattgefundenen Einbruch endgültig erreicht. Als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung einer Nation spiegelt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) diese Entwicklung wider. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das BIP nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von Januar 2010 um 5 % verringert, womit das Jahr 2009 für die Wirtschaft das schwächste seit der Nachkriegszeit war. Ein Faktor für diese Entwicklung ist der herbe Rückgang der Exportleistung deutscher Unternehmen. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Exporte preisbereinigt um 14,7 %.

Insolvenzen namhafter und traditionsreicher Unternehmen, bedeutende Fusionen in sämtlichen Geschäftsbranchen sowie Staatshilfe für strauchelnde Unternehmen bestimmten das globale Wirtschaftsbild. Obwohl die Talfahrt an den Kapitalmärkten abgeklungen schien und sich in einen Aufschwung beträchtlichen Ausmaßes gewandelt hatte, wird das Jahr 2009 für viele Wirtschaftsbereiche als eines der schwierigsten in Erinnerung bleiben. So konnten im zweiten Quartal zwar einige Staaten für die Industrie und Wirtschaft wieder positive Wachstumsraten vorweisen, doch waren in Deutschland Kosteneinsparungen, Umstrukturierungen und Kurzarbeit vorerst für viele Unternehmen der einzig mögliche Weg zur Stabilisierung und Sicherstellung ihres Geschäftsfeldes. Der Deutsche Rettungsfonds hatte maßgeblichen Anteil an der Stabilisierung bestimmter Branchen und konnte gerade in der Automobilindustrie durch die staatliche Subventionierung des Neuerwerbs (Abwrackprämie) den Absatzeinbrüchen innerhalb der Branche sowie einem gesamten Industriezweig entgegenwirken.

Die noch für 2008 zu verzeichnende positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wurde durch die anhaltende Schieflage deutscher Unternehmen im Jahr 2009 weiter unter Druck gesetzt. Vor dem Hintergrund des Einbruchs der Wirtschaftsleistung ist die Erwerbslosenquote im Vergleich zum Vorjahr zwar um 0,4 Prozentpunkte auf 7,6 % gestiegen. Durch Zunahme von Kurzarbeit, Abbau von Überstunden und weitere Maßnahmen konnten die zu erwartenden Beschäftigungsverluste aber zumindest vorübergehend begrenzt werden.

Die deutsche Versicherungsbranche hat sich im zweiten Krisenjahr erneut als stabiler Faktor bewiesen. Zwar litt die Branche ebenfalls unter den Auswirkungen der Finanzmarktkrise, jedoch ist sie aufgrund ihres Geschäftsmodells nicht so sehr betroffen wie andere Finanzdienstleister. So meldete der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) für das abgelaufene Geschäftsjahr 2009 ein Beitragsplus gegenüber dem Vorjahr von 3,1 % (2008: 1,0 %) auf 169,6 Milliarden Euro. Die Versicherungsleistungen der deutschen Erstversicherer stiegen im Jahr 2009 um 2,0 % (2008: 5,4 %) auf 136,9 Milliarden Euro. Diese Entwicklung verdeutlicht den hohen Stellenwert und die Notwendigkeit der Versicherungswirtschaft für die Sicherheit und Vorsorge der Bundesbürger.

### **Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens**

Die Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung Aktiengesellschaft (RWSt) mit Sitz in Essen steht als Rechtsnachfolger in der Tradition einer der ältesten Selbsthilfeeinrichtungen, des 1888 ursprünglich für die Beamten der Stadt Essen gegründeten Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit „Rheinisch-Westfälische Sterbekasse“.

Die RWSt ist ausschließlich im Bereich der Sterbegeldversicherung bundesweit tätig und untersteht der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die DBV Holding AG, Wiesbaden, hält 100 % am Grundkapital unserer Gesellschaft.

Nach der Integration der DBV-Winterthur in den AXA Konzern ist nun auch die RWSt ein Unternehmen der AXA Gruppe.

Im Berichtsjahr hat sich die RWSt positiv weiterentwickelt. Das Neugeschäft wurde im Wesentlichen über die Vertriebswege der AXA Versicherungsunternehmen zugeführt. Es konnte im Vergleich zum

Vorjahr deutlich gesteigert werden. Damit haben wir auch wieder ein Bestands- und Beitragswachstum erreicht. Die ausgezahlten Leistungen haben entsprechend dem Bestandswachstum zugenommen.

Die Nettoerträge aus den Kapitalanlagen sind im Vergleich zum deutlichem Wachstums der Kapitalanlagen nur leicht erhöht. Der Verwaltungskostensatz konnte gegenüber dem Vorjahr reduziert werden.

Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung auf den Kapitalmärkten wurde der Rechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung des Altbestands von 3,60 % auf 3,45 % mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gesenkt. Die entsprechende Stärkung der Deckungsrückstellung konnte aus dem Geschäftsergebnis finanziert werden.

### **Ergebnisabführungsvertrag**

Am 25.11.2009 wurde ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft DBV Holding AG geschlossen, der am 28.12.2009 in das Handelsregister des Amtsgerichts Essen eingetragen und damit wirksam wurde.

### **Steuerliche Verhältnisse**

Seit dem 01.01.2009 besteht eine steuerliche Organschaft. Die RWSt ist Organgesellschaft der DBV Holding AG.

### **Bewegung des Bestands an Sterbegeld- und Zusatzversicherungen**

Im Jahr 2009 wurden 4.419 Sterbegeldversicherungen neu abgeschlossen. Die neu zugegangene Versicherungssumme konnte auf 21,2 Mio. Euro gesteigert werden (+29,6 % gegenüber Vorjahr).

Der Bestand stieg auf 112.841 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 420,1 Mio. Euro (+ 1,6 %).

### **Beiträge**

Die verdienten Beiträge erreichten insgesamt den Betrag von 16,5 Mio. Euro im Vergleich zu 16,2 Mio. Euro im Vorjahr. Dies entspricht einer Steigerung um 1,5 %.

### **Leistungen**

Die Leistungen (Aufwendungen für Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge, Austrittsvergütungen und Regulierungsaufwendungen einschließlich Überschussbeteiligung) betrugen 8,7 Mio. Euro im Vergleich zu 8,6 Mio. Euro im Vorjahr und erhöhten sich damit um 1,4 %.

### **Kapitalanlagen**

Die Folgen der schwerwiegendsten Finanzmarktkrise der Nachkriegszeit im Vorjahr waren auch in 2009 noch deutlich spürbar. Die bereits im ersten Halbjahr 2009 zu verzeichnende Erholung an den internationalen Kapitalmärkten setzte sich im weiteren Verlauf bis zum Jahresende fort. Die stetig gesunkenen Risikoaufschläge und das gesunkene Zinsniveau führten zu einem deutlichen Wertanstieg bei festverzinslichen Wertpapieren.

Während im vergangenen Geschäftsjahr die Leitzinsen im US-Raum unverändert bei Null bis 0,25 % blieben, war in Folge der Rezession ein weiteres Absinken der Zinsen im Euro-Raum zu beobachten. Die Zinssenkungen der EZB erfolgten schrittweise in der ersten Jahreshälfte. Zuletzt senkte die EZB im Mai das Zinsniveau auf 1 %. Damit wurde ein historischer Tiefstand erreicht. Auch der Zinssatz für 10-jährige Bundesanleihen stieg unter Schwankungen von 2,95 % Anfang 2009 auf 3,32 % Ende Dezember.

Die RWSt nutzte die Vorteile als Unternehmen eines internationalen Versicherungskonzerns, um die zur Verfügung stehenden Mittel in Kapitalanlagen mit attraktiven Konditionen zu investieren. Im Geschäftsjahr 2009 wurden verstärkt Investitionen in Schulscheindarlehen von Bundesländern sowie

öffentliche Namenspfandbriefe investiert.

Die Kapitalanlagen der RWSt erhöhten sich im Berichtsjahr von 125,9 Mio. Euro um 9,4 % auf 137,8 Mio. Euro. Den Schwerpunkt bildeten weiterhin festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen und Namenspapiere. Derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungsrisiken, Zinsrisiken und Börsen-, Marktpreis- oder sonstigen Preisschwankungen wurden im Geschäftsjahr nicht eingesetzt.

Die Bewertungsreserven als Differenz zwischen dem aktuellen Marktwert und dem Buchwert beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf -2,5 Mio. Euro (2008: -1,3 Mio. Euro) und beziehen sich nahezu vollständig auf Schuldscheindarlehen und festverzinsliche Wertpapiere. Die Verminderung der Bewertungsreserven gegenüber dem Vorjahr hat ihre Ursache in der Ausweitung von Risiko- und Liquiditätsaufschlägen im Bereich risikobehafteter Unternehmensanleihen und Kreditprodukte. Diese führte zu sinkenden Kursen bei den im Bestand befindlichen Rententiteln.

### Struktur der Kapitalanlagen

In Tsd. Euro

	Buchwerte 2009	Anteil am Bestand	Zeitwerte 2009	Buchwerte 2008	Anteil am Bestand	Zeitwerte 2008
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	376	0,27%	376	381	0,30%	381
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39.133	28,39%	39.542	43.677	34,70%	43.681
- Hypotheken, Grund- und Rentenschuldforderungen	58	0,04%	58	129	0,10%	129
- Namensschuldverschreibungen	21.301	15,46%	21.970	16.568	13,16%	17.116
- Schuldscheinforderungen und Darlehen	67.100	48,69%	66.955	56.100	44,58%	55.431
- übrige Ausleihungen	8.000	5,81%	4.520	8.000	6,37%	6.790
- Einlagen bei Kreditinstituten	1.850	1,34%	1.850	1.000	0,79%	1.000
<b>Summe</b>	<b>137.818</b>	<b>100,0%</b>	<b>135.271</b>	<b>125.855</b>	<b>100,0%</b>	<b>124.528</b>

### Struktur der Zugänge

In Tsd. Euro

	Zugänge 2009	Abgänge 2009	Nettozugang 2009
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	4.687	-4.687
- Hypotheken, Grund- und Rentenschuldforderungen	0	71	-71
- Namensschuldverschreibungen	5.500	767	4.733
- Schuldscheinforderungen und Darlehen	12.000	1.000	11.000
- übrige Ausleihungen	0	0	0
- Einlagen bei Kreditinstituten	850	0	850
<b>Summe</b>	<b>18.350</b>	<b>6.525</b>	<b>11.825</b>

### Kapitalerträge

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen stiegen durch den erhöhten Kapitalanlagebestand von 5,4 Mio. Euro im Vorjahr auf 5,6 Mio. Euro im Berichtsjahr.

Die laufende Verzinsung betrug 4,09 % (im Vorjahr 4,33 %). Die Nettoverzinsung belief sich auf 4,34 % (im Vorjahr 4,81 %).

## **Kosten**

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betrugen insgesamt 1.091 Tsd. Euro gegenüber 998 Tsd. Euro im Vorjahr. Die absolute Erhöhung ist durch das angestiegene Neugeschäft und die entsprechend erhöhten Abschlussaufwendungen bedingt. Die Verwaltungsaufwendungen konnten dagegen merklich reduziert werden.

Der Verwaltungskostensatz – gemäß dem Kennzahlenkatalog für die Lebensversicherungsunternehmen – lag damit bei 2,8 % der gebuchten Beiträge (im Vorjahr 3,1 %).

## **Einfluss der wesentlichen Gewinn- und Verlustquellen**

Risikoverlauf und Ertrag der Kapitalanlagen bestimmten im Wesentlichen das Geschäftsergebnis. Die tatsächlichen Aufwendungen für die ausgezahlten Sterbegelder lagen bei 49,6 % (im Vorjahr 52,4 %) der nach den Rechnungsgrundlagen des Sterbegeldtarifs zu erwartenden Summe. Der laufende Ertrag aus den Kapitalanlagen überstieg die rechnungsmäßigen Zinsen. Die tatsächlichen Abschlussaufwendungen sind durch die eingerechneten Abschlusskosten gedeckt, die Verwaltungsaufwendungen blieben deutlich unterhalb der rechnungsmäßig zur Verfügung stehenden Mittel. Die Stornoquote (vorzeitiger Abgang im Verhältnis zum mittleren Bestand) betrug 2,1 % (im Vorjahr 2,4 %).

## **Geschäftsergebnis**

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss von 59 Tsd. Euro erzielt, der aufgrund des in 2009 neu abgeschlossen Ergebnisabführungsvertrages an die DBV Holding AG abgeführt wurde. Der Bilanzgewinn in Höhe von 90 Tsd. Euro resultiert aus dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr. Der Hauptversammlung soll vorgeschlagen werden, diesen Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

## **Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung unseres Unternehmens beruhen in erster Linie auf Planungen, Prognosen und Erwartungen. Dementsprechend kommen insbesondere in der Berichterstattung über die Risiken und die künftige Entwicklung der RWSt allein unsere Annahmen und subjektiven Ansichten zum Ausdruck.

Wie vom Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) gefordert, verfügen wir über ein Risikomanagementsystem, „damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden“.

Als Risiko wird gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) die Möglichkeit des Nichterreichens eines explizit formulierten oder sich implizit ergebenden Zieles verstanden. Dies schließt die Risikodefinition des Deutschen Rechnungslegungs-Standards zur Risikoberichterstattung (DRS 5-20) ein, innerhalb dessen Risiken als negative künftige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich zur Situation am Bilanzstichtag definiert sind.

Grundsätzlich kann zwischen folgenden Risiken unterschieden werden:

- versicherungstechnische Risiken,
- Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft,
- Risiken aus Kapitalanlagen,
- operationale und sonstige Risiken

Im Folgenden werden unsere Organisationseinheiten des Risikomanagements und der Risikomanagementprozess aufgezeigt. Darüber hinaus wird unsere Risikosituation insbesondere entsprechend dem Deutschen Rechnungslegungsstandard zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) dargestellt.

## **Organisationseinheiten des Risikomanagements**

Das Risikomanagement der RWSt ist in das konzernweite Risikomanagementsystem der AXA Deutschland eingebunden.

Auf Grund der Komplexität des Versicherungsgeschäfts ist die Risikomanagement-Funktion auf verschiedene Organisationseinheiten und Gremien verteilt. Kontrollgremium ist der Aufsichtsrat als den Vorstand überwachendes Organ. Der Vorstand wie auch das Risikokomitee als Gremium des Gruppenvorstandes ist zuständig für die risikopolitische Ausrichtung der RWSt sowie die Implementierung eines funktionierenden angemessenen Risikomanagements und dessen Weiterentwicklung. Darüber hinaus existiert die Risikorunde als zentrales Kommunikationsgremium für Risikothemen auf Geschäftsbereichsebene und das Compliance and Operational Risk Committee als zentrales Kommunikationsgremium für Themen zu Compliance- und operationalen Risiken. Zusätzlich werden risikorelevante Themen in diversen Spezialgremien, wie z.B. Asset Liability Committee, besprochen.

Zur Risikomanagement-Funktion gehörende Organisationseinheiten sind

- der Bereich Value & Risk Management (zentrales Risikomanagement),
- die Risikoverantwortlichen für die Steuerung und Kontrolle der Risiken in ihrem jeweiligen Unternehmensbereich (dezentrales Risikomanagement),
- der dezentrale Risikomanager pro Ressort für die Koordination aller risikorelevanter Themen innerhalb des Ressorts und
- der Verantwortliche Aktuar sowie
- die Interne Revision als unabhängige Prüfinstanz.

Der Chief Risk Officer der AXA Deutschland stellt die zeitnahe Kommunikation risikorelevanter Themen durch regelmäßige Berichterstattung an das Risikokomitee innerhalb der Gremiensitzungen bzw. ad-hoc sicher.

## **Risikomanagementprozess**

Das Risikomanagement der RWSt erfolgt unter Beachtung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und innerbetrieblicher Vorgaben. Der Risikomanagementprozess der RWSt setzt sich aus Risikoidentifikation, Analyse und Bewertung, Risikosteuerung und Überwachung sowie Risikokommunikation / Berichterstattung zusammen.

Risikoidentifikation: Die vollständige Erfassung aller Risiken erfolgt in Form von Risikopolicen. Hierbei werden die identifizierten wesentlichen Risiken inkl. deren aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen dokumentiert. Die regelmäßige Risikoidentifikation erfolgt innerhalb der mindestens quartalsweise stattfindenden Risikogremiensitzungen, durch die Aktualisierung der Risikopolicen und im Rahmen der strategischen Planung. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der ad-hoc Berichterstattung direkt an das zentrale Risikomanagement. Risiken neuer Kapitalmarkt- und Versicherungsprodukte werden im Rahmen des standardisierten Product Approval Process (PAP) von dem Bereich Value & Risk Management unabhängig auf alle wesentlichen internen und externen Risikoeinflussfaktoren untersucht sowie deren Auswirkungen auf das Gesamtrisikoprofil bewertet. Darüber hinaus gibt es zur Identifikation operationaler Risiken einen jährlichen Risikoerhebungsprozess auf Basis einer Befragung der Vorstandsmitglieder und des Top Managements und einer Bewertung von den jeweiligen operativen Ansprechpartnern.

Risikoanalyse und Bewertung: Alle wesentlichen quantifizierbaren Risiken im Sinne des Solvency II Ansatzes werden mit Hilfe der Methodik des ökonomischen Risikokapitalmodells bewertet. Für alle anderen wesentlichen Risiken erfolgt eine qualitative Einschätzung und zum Teil eine quantitative Bewertung außerhalb des Risikokapitalmodells.

Risikosteuerung: Unter Risikosteuerung wird die Umsetzung von konkreten Maßnahmen zur Bewältigung der Risikosituation der RWSt zusammengefasst. Dazu zählen Risikovermeidung, -minderung, -absicherung/-weitergabe und Tragen/bewusste Inkaufnahme. Die Entscheidung, welche Maßnahme im speziellen Fall durchgeführt wird, erfolgt durch Abwägung des Risikos/Ertragsprofils sowie Beachtung der Risikotragfähigkeit bzw. der Bereitschaft des Vorstandes, bestimmte Risiken zu übernehmen.

Risikoüberwachung und Kommunikation: Die Risikoüberwachung erfolgt im Rahmen des Risikomanagements, z.B. durch Nachverfolgung von Frühwarnindikatoren. Neben der Ergebnisberichterstattung des ökonomischen Risikokapitals wird auf Konzernebene regelmäßig ein Risikobericht verfasst, der den Vorständen der Versicherungsgesellschaften vorgelegt und an das dezentrale Risikomanagement, das Audit Committee und die Aufsichtsbehörde übermittelt wird. Risikorelevante Themen werden im Rahmen des quartalsweisen Risikokomitees besprochen, die zuvor innerhalb der ebenfalls quartalsweise stattfindenden Risikogremiensitzungen Risikorunde und Compliance and Operational Risk Committee diskutiert worden sind.

Mit der Integration der RWSt in die AXA Deutschland wurde eine Vereinheitlichung des Risikomanagements des Konzerns vollzogen. Das Risikomanagement der RWSt ist somit in das konzernweite Risikomanagementsystem der AXA Deutschland eingebunden.

## **Versicherungstechnische Risiken**

Die RWSt betreibt als Sterbekasse ausschließlich die Sterbegeldversicherung.

Die spezifischen Risiken aus dem Lebensversicherungsgeschäft aus Unternehmenssicht sind biometrische Risiken, Risiken aus Kundenverhalten sowie Kosten- und Zinsgarantierisiken. Ferner bestehen noch spartenspezifische Risiken aus Rechtssprechung und Gesetzgebung.

## **Biometrische Risiken**

Biometrische Risiken entstehen aus Veränderungen biometrischer Annahmen zur Sterblichkeit. Sinkende Sterblichkeiten, bewirkt z.B. durch verbesserte medizinische Versorgung, führen bei Sterbegeldversicherungen zu einer Erhöhung der Sicherheitsmarge. Eine Erhöhung der Sterblichkeit, etwa hervorgerufen durch Epidemien, hätte wiederum einen gegenläufigen Effekt.

Die RWSt steuert biometrische Risiken durch ihre Produktgestaltung und Zeichnungspolitik. Im Rahmen des Prozesses zur Gestaltung neuer bzw. Anpassung bestehender Produkte werden Risiken

identifiziert, bewertet und es wird, sofern notwendig, eine Anpassung der Produktkalkulation vorgenommen. Durch die Zeichnungspolitik wird eine risikogerechte Tarifierung sichergestellt.

Für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden die im von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan festgelegten Sterbetafeln verwendet. Alle in den Versicherungsverträgen zugesagten Leistungen werden dem Grundsatz der Vorsicht entsprechend berücksichtigt. Durch regelmäßige Überprüfung der Deckungsrückstellungen wird ein möglicher Anpassungsbedarf frühzeitig erkannt. Sie enthalten nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars für die Gesellschaft angemessene Sicherheitsspannen. Die Entwicklung der Sterblichkeit wird auch weiterhin laufend analysiert.

### **Risiken aus Kundenverhalten**

Risiken aus dem Verhalten von Versicherungsnehmern resultieren vor allem aus dem Stornorisiko.

Rationales Verhalten vorausgesetzt, werden Lebensversicherungskunden, deren Gesundheit sich während der Vertragslaufzeit verschlechtert, mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit kündigen. Hierdurch könnte die Gefahr einer negativen Risikoselektion entstehen. Andererseits kann eine Kapitalmarktentwicklung zu verstärkten Rückkäufen führen, um den ausgezahlten Betrag mit einer höheren Rendite zu reinvestieren. Das sich bei unerwartet hohen Storni ergebende Risiko von Mittelabflüssen kann bei großem Volumen zu Liquiditätsengpässen, einer Beeinträchtigung der Kapitalanlagenstruktur und der Erträge aus den Kapitalanlagen führen.

Die Stornoquoten in der RWSt und in der Branche werden permanent beobachtet. Die Veränderung der Stornoquoten war in der Vergangenheit jedoch begrenzt, so dass das resultierende Risiko als niedrig einzuschätzen ist.

### **Kostenrisiko**

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten durch die einkalkulierten Kosten dauerhaft nicht finanziert werden können. Die Überwachung des Kostenrisikos erfolgt durch ein umfassendes Kostencontrolling.

### **Zinsgarantierisiko**

Das professionelle Management der Zinsgarantien stellt eine Kernherausforderung im Rahmen des Asset Liability Managements dar. Die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung verwendeten Rechnungszinssätze entsprechen dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplan. Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung auf den Kapitalmärkten wurde der Rechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung des Altbestands von 3,60 % auf 3,45 % mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gesenkt.

### **Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft**

Die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen zum Bilanzstichtag 116 Tsd. Euro. Davon entfielen 45 Tsd. Euro auf Forderungen, die älter als 90 Tage sind. Aufgrund der Wirtschaftskrise ist das Risiko eines höheren Forderungsausfalls bzw. eines vermehrten Zahlungsverzugs für die Zukunft nicht auszuschließen. Zur Risikovorsorge wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Versicherungsnehmer um Wertberichtigungen von 23 Tsd. Euro vermindert.

### **Risiken aus Gesetzesänderungen**

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 29. Juli 2009 ein Urteil zu einer Ratenzahlungsvereinbarung in einem Altersvorsorgevertrag erlassen. Es handelte sich dabei um ein wettbewerbsrechtliches Verfahren zu der Frage, ob der Versicherer sich auf eine bestimmte Klausel zu Ratenzahlungszuschlägen berufen darf, wenn der effektive Jahreszins nicht ausgewiesen wird. Das Urteil lässt die relevanten Fragen offen, da es sich lediglich um ein Anerkenntnisurteil und damit nicht um eine Grundsatzentscheidung handelt. Darüber hinaus liegen keine Urteilsgründe vor. Wie die im

Verfahren aufgeworfenen Fragen letztendlich zu beurteilen sind, kann nur ein weiteres höchstrichterliches Urteil zeigen. Welche Entscheidung zu erwarten ist, kann nicht vorhergesagt werden.

### Risiken aus Kapitalanlagen

Die RWSt verwaltet rund 138 Mio. Euro (2008: 126 Mio. Euro) Kapitalanlagen. Diese werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Richtlinien in einem strukturierten Prozess angelegt. Unter Gesamtrisikobetrachtung soll eine gleichzeitige Sicherstellung der Anlageziele Sicherheit, Rentabilität und Liquidität der Kapitalanlagen erreicht werden, um die Verpflichtungen aus dem Versicherungsbestand erfüllen zu können.

Mit der Kapitalanlage sind unvermeidbar signifikante Risiken verbunden, die trotz der im Anlageprozess eingebauten Kontrollen und anderer risikomindernder Maßnahmen bewusst eingegangen werden. Zum Erhalt bzw. Ausbau der notwendigen Risikotragfähigkeit werden die Risiken der Kapitalanlagen aktiv gesteuert und an das jeweilige Kapitalmarktumfeld angepasst.

Die Kapitalanlagestrategie der RWSt wurde in diesem Jahr weiterhin von der Kapitalmarktkrise beeinflusst. Die Situation des Finanzsektors und weiterer Wirtschaftssektoren ist noch immer angespannt und die weitere Entwicklung hängt stark von staatlichen Maßnahmen in der Geld- und Konjunkturpolitik ab.

Die Kapitalanlagerisiken werden in Markt-, Kredit-, Konzentrations- und Liquiditätsrisiken unterteilt:

### Marktrisiken

Die Marktpreisrisiken der RWSt beruhen ausschließlich auf potenziellen Zins- und Spreadänderungen sowie Änderungen im Wert des Immobilienbestandes.

Die Auswirkungen auf die Marktwerte der Kapitalanlagen werden in möglichen Risikoszenarien analysiert. Hierfür werden die Marktwertschwankungen von Zinsprodukten simuliert. Somit werden die tatsächlichen Sensitivitäten unserer Kapitalanlagen verdeutlicht.

Die folgende Übersicht zeigt auf, wie sich eine Änderung der Marktzinsen kurzfristig auswirken würde:

<b>Renditeveränderung des Rentenmarkts</b>	<b>Veränderung des Marktwerts der Kapitalanlagen</b>
Anstieg um 200 Basispunkte	<b>- 17,5 Mio. EUR</b>
Anstieg um 100 Basispunkte	<b>- 8,8 Mio. EUR</b>
Sinken um 100 Basispunkte	<b>+ 8,8 Mio. EUR</b>
Sinken um 200 Basispunkte	<b>+ 17,5 Mio. EUR</b>

Zum Jahresende 2009 befanden sich keine Kapitalanlagen in Aktien oder Fremdwährungen in unserem Bestand, so dass sich zu diesem Zeitpunkt eine Simulation von Aktienmarktveränderungen und Währungskursveränderungen erübrigt.

Wir verfolgen die Entwicklung der Kapitalmärkte sehr genau. Sollten sich die zuvor gezeigten negativen Szenarien im laufenden Geschäftsjahr ganz oder teilweise einstellen oder am Bilanzstichtag vorliegen, werden wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Diese beinhalten unter Anderem mögliche Abschreibungen auf die nachhaltigen Werte einzelner Kapitalanlagen, den selektiven Verkauf einzelner Titel und den optionalen Einsatz von Wertsicherungsmaßnahmen, um die Portfolios kurzfristig gegen weitere Wertverluste abzusichern.

### Kreditrisiken

Das Kreditrisiko umfasst die Insolvenz, den Zahlungsverzug und die Bonitätsverschlechterung des Schuldners bzw. Emittenten von festverzinslichen Wertpapieren, Darlehen und Derivaten.

Zur Reduktion des Kreditrisikos werden hauptsächlich Investitionen bzw. Darlehensvergaben bei

Emittenten und Schuldnern mit einer guten bis sehr guten Bonität getätigt. Die Einstufung der Bonität von Emittenten festverzinslicher Wertpapiere erfolgt entweder mit Hilfe von Ratingagenturen oder nach einheitlichen internen Maßstäben und wird mit kontinuierlichen Kontrollprozessen überprüft.

Das Durchschnittsrating der festverzinslichen Wertpapiere beträgt bei der RWSt wie im Vorjahr AA-.

Zusätzlich zur Überwachung der Ratings nehmen wir in Zusammenarbeit mit den von uns mandatierten Vermögensverwaltern Detailanalysen zu potenziell ausfallgefährdeten Wertpapieren vor, auf deren Basis dann über risikomindernde Maßnahmen entschieden wird. Für diese Analysen werden alle im Markt vorhandenen Informationen herangezogen.

Als Sicherheit von Hypothekendarlehen bestehen erstrangige Pfandrechte an im Regelfall privat genutzten Grundstücken. Einlagen bei Kreditinstituten erfolgen ausnahmslos bei Banken, die über ein Investment Grade Rating verfügen.

Das Einzelengagement unterliegt der regelmäßigen Überwachung. Mit Hilfe unserer Kontrollverfahren für den Zins- und Tilgungsdienst sowie unseres Mahnverfahrens erhalten wir einen detaillierten Überblick über ausstehende Zahlungen.

Durch die Krise an den Finanzmärkten und die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich das Kreditrisiko erhöht.

Die RWSt hält Fremdkapitalinstrumente, die von nationalen und internationalen Banken sowie sonstigen privatwirtschaftlichen Unternehmen emittiert wurden. Dieses Exposure enthält zu einem geringen Teil auch Instrumente von niedriger Seniorität wie nachrangige Darlehen und Genußscheine.

Der größte Teil unserer Rentenbestände ist besichert bzw. von öffentlichen Emittenten ausgegeben und daher nur einem minimalen Ausfallrisiko ausgesetzt. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich in der Zukunft die Bonität einzelner Emittenten verschlechtert und damit Abschreibungsbedarf entstehen könnte.

### **Konzentrationsrisiken**

Durch Konzentrationsrisiken wird die Diversifizierung des Portfolios vermindert, wodurch das Risiko hoher Verluste auf Grund von Einzelpositionen steigt. Sie stehen daher im engen Zusammenhang mit Markt- und Kreditrisiken. Konzentrationsrisiken werden durch Definition von Limiten auf Einzelpositionen gesteuert und regelmäßig überwacht.

### **Liquiditätsrisiken**

Aufgrund der vorab vereinnahmten sowie verzinslich und liquide angelegten Beiträge ist das Liquiditätsrisiko für Versicherungsunternehmen grundsätzlich gut steuerbar. Wir tragen dem Risiko unzureichender Liquidität durch eine mehrjährige Planung der Zahlungsströme Rechnung. Zusätzlich erfolgt für einen rollierenden Zwölfmonatszeitraum eine Prognose auf Monatsbasis.

Generell hat als Folge der Finanzkrise die Liquiditätssituation am Kapitalmarkt verschlechtert, da in verschiedenen Marktsegmenten nur sehr wenige Transaktionen stattfinden. Auch die RWSt ist hiervon betroffen.

Insgesamt wird bei der Kapitalanlage auf einen hohen Anteil liquider und fungibler Kapitalanlagen geachtet, damit wir trotz der Kapitalmarktkrise den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungskunden jederzeit nachkommen können. Ein eventuell auftretender unvorhergesehener Liquiditätsbedarf wird konzernintern zur Verfügung gestellt.

## **Risikosteuerung der Kapitalanlagen**

Innerhalb des AXA Konzerns sind umfassende Governance-Strukturen, Steuerungsmaßnahmen und Richtlinien zur Risikosteuerung der Kapitalanlagen implementiert. Das Asset Liability Management Komitee schlägt die Kapitalanlagestrategie vor, der Vorstand entscheidet hierüber. Der Kapitalanlageausschuss implementiert und überwacht die strategische Aufteilung der Kapitalanlagen nach Kapitalanlagearten (Asset Allocation) und die Einhaltung vorgegebener Limits und Limitsysteme. Darüber hinaus gilt eine umfassende interne Richtlinie (Investment Guidelines) für alle Kapitalanlagen. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden eingehalten. Darüber hinaus werden Konzentrationsrisiken durch das gruppenweite Risikomanagement monatlich ausgewertet und überwacht.

Ziel des strukturierten Anlageprozesses ist es, die Risiken in den Portfolios durch systematische und kontrollierte Abläufe zu steuern. Anlageentscheidungen werden auf Basis von Asset Liability Management (ALM)-Analysen vor dem Hintergrund der versicherungstechnischen Verpflichtungen, der Bewertungsreserven und der Eigenkapitalausstattung getätigt. Im Rahmen der strategischen und taktischen Asset-Allocation bestehen prozentuale Begrenzungen für die einzelnen Anlageklassen. Zusätzlich werden Limite für Bonität, Einzelemittenten und die Duration des festverzinslichen Portfolios definiert und überwacht. Bei der Risikoeinschätzung wird dabei von einem dem jeweiligen Risiko adäquaten Prognosezeitraum ausgegangen. Zur Bewertung der Anlagerisiken steht eine Vielzahl von Risikomanagementinstrumenten zur Verfügung.

Monatlich wird im Kreditkomitee auf Vorstandsebene das Kreditrisiko des Gesamtportfolios sowie einzelner Anlageklassen und kritischer Emittenten besprochen.

Als Reaktion auf die Finanzkrise berät regelmäßig ein Expertengremium aus den Bereichen Asset Liability Management, Risikomanagement und Accounting sowie den Mitgliedern des Kapitalanlageausschusses – Kapitalanlagevorstand, Finanzvorstand und Chief Risk Officer – über Maßnahmen zur Krisenbewältigung.

Das Audit Committee wird regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen und die Risikosituation des Konzerns und der Einzelgesellschaften informiert.

## **Operationale und sonstige Risiken**

Operationale Risiken beinhalten Verluste aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen sowie aus mitarbeiter- und systembedingten oder externen Vorfällen.

Die wesentlichen Prozessrisiken und die Sicherheit der internen Kontrollsysteme werden regelmäßig von unserer Konzernrevision gemeinsam mit den verantwortlichen Linienmanagern identifiziert und bewertet. Die sich hieraus ergebenden Kennzahlen sind eine wesentliche Grundlage für die mehrjährige risikoorientierte Prüfungsplanung der Konzernrevision.

Darüber hinaus werden die operationalen Risiken in unserem Risikomanagementsystem erfasst und bewertet und Maßnahmen getroffen, um diese Risiken zu verringern.

Risiken aus strategischen Geschäftsentscheidungen werden durch einen regelmäßigen systematischen Strategieentwicklungs- und -umsetzungsprozess reduziert.

Reputationsrisiken ergeben sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens. Insbesondere mit Hilfe eines aktiven Reputations-Managements und von Medien-Resonanzanalysen wird dieses Risiko gemindert.

Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) stellt die umfangreichste Modernisierung des Handelsbilanzrechts seit 1985 dar. Das deutsche Handelsrecht soll damit zu einer vollwertigen aber einfacheren Alternative zu den IFRS entwickelt werden. Insbesondere soll die Aussagekraft des handelsrechtlichen Jahresabschlusses erhöht werden. Wir haben die Auswirkungen des Gesetzes auf unsere Gesellschaft analysiert. Die anstehenden Änderungen des Bilanzrechts werden im Wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanzierung von Pensionsrückstellungen, latenten Steuern, sonstigen Rückstellungen und ggf. von selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten haben. Neben den Bilanzierungsvorschriften beinhaltet das BilMoG umfangreiche zusätzliche Anhangangabe- und Lageberichtspflichten sowie neue Vorgaben zur Corporate Governance. Die Neuregelungen sind, abgesehen von einigen wenigen Anhangangaben, erstmals im Geschäftsjahr 2010 anzuwenden. Die für 2009 verpflichtenden Anhangangaben wurden im vorliegenden

Geschäftsbericht entsprechend umgesetzt. Wir erwarten keine wesentlichen Risiken im Zusammenhang mit der Umsetzung des BilMoG.

### **Kapitalmanagement und Solvabilität**

Die Steuerung der Kapitalbasis erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Ziel ist, die jederzeitige Erfüllung der versicherungsvertraglichen Verpflichtungen sicherstellen zu können – selbst wenn im Extremfall die hierfür gebildeten versicherungstechnischen Rückstellungen unzureichend wären. Für die Bereitstellung des entsprechenden Eigenkapitals wird eine angemessene Verzinsung angestrebt.

Für die Solvabilität der RWSt wurden alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. Zur Stärkung der Solvabilität der RWSt hat die AXA Konzern AG der RWSt im Geschäftsjahr 2008 ein Darlehen in Höhe von 2,0 Mio. Euro gewährt. Der vorläufige Bedeckungssatz für 2009 beträgt 201,1% (Vorjahr 161,3%).

Zur Vorbereitung auf Solvency II und zur Umsetzung der sich hieraus ergebenden Anforderungen hat die AXA Deutschland ein Projekt gestartet.

Ziel des Projektes Solvency II der EU-Kommission ist es, das Versicherungsaufsichtsrecht auf europäischer Ebene neu und einheitlich zu regeln. Hierzu gehört zum einen die Neuregelung der Solvenzanforderungen auf Basis risikoorientierter Kapitalmodelle (Säule I). Zum anderen wird ein prinzipienbasierter Anforderungskatalog an das Risikomanagement der Versicherungsunternehmen definiert, so dass die neuen Regelungen zur risikobasierten Eigenmittelvorschrift durch qualitative Anforderungen ergänzt werden (Säule II). Darüber hinaus werden Veröffentlichungspflichten definiert (Säule III). Nach der Verabschiedung im EU-Parlament in 2009 werden die Solvency II Regelungen voraussichtlich 2012 in Kraft treten. Die nationale Umsetzung von Solvency II wurde bereits durch die zum Jahresbeginn 2008 in Kraft getretene VAG-Novelle (§ 64 a VAG und § 55c VAG) vorangetrieben. Innerhalb § 64 a VAG werden die Komponenten eines angemessenen Risikomanagements definiert. Das Rundschreiben „Mindestanforderungen an das Risikomanagement VA (MaRisk VA)“ der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) stellt die Durchführungsverordnung des § 64 a VAG dar. Mit dem Inkraftsetzen des § 55 c VAG haben Versicherungsunternehmen den an den Vorstand gerichteten Risikobericht in gleicher Form und Inhalt der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Zur Vorbereitung auf Solvency II hat die AXA Gruppe in den vergangenen Jahren an den europaweiten Feldtests QIS (Quantitative Impact Study) teilgenommen. QIS ist eine von der europäischen Versicherungsaufsicht (CEIOPS) geleitete Übung, die der Kalibrierung des Standardmodells im Sinne von Solvency II dient. Für das Jahr 2009 hat die AXA Gruppe die Berechnung des ökonomischen Risikokapitalbedarfs auf Basis des QIS 4-Regelwerks zum Halbjahr und zum Jahresende durchgeführt. Auch hierbei zeigen alle in die Berechnung einbezogenen Gesellschaften eine gute Überdeckung. Derzeit entwickelt die AXA Gruppe ein Modell der ökonomischen Risikokapitalberechnung, das voraussichtlich unter Solvency II als internes Modell dienen wird. Neben den Anforderungen aus Säule I bereitet sich AXA Deutschland derzeit ebenfalls intensiv auf die Anforderung aus Säule II und Säule III vor. Im Rahmen der AXA Konzernzugehörigkeit wurde die RWSt in die vorgenannten Berechnungen, Studien und Vorbereitungen einbezogen.

### **Zusammenfassende Darstellung der Risikolage**

Zum jetzigen Zeitpunkt sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand der RWSt gefährden könnten. Die Solvabilität 2009 zeigt gemäß der vorläufigen Berechnung wiederum eine deutliche Überdeckung. Bei einer anhaltenden Verschlechterung der Finanzmärkte können nennenswerte Abschreibungen auf unser Kapitalanlagenportfolio nicht ausgeschlossen werden.

### **Nachtragsbericht**

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2009 sind bei der RWSt keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben.

## **Ausblick und Chancen des Unternehmens**

Die hervorragende Marktpositionierung des Sterbegeldtarifs wird weitere positive Impulse für eine günstige Entwicklung auch in den Folgejahren geben.

Durch die Einbindung der RWSt in die AXA Gruppe sind langfristig die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung insbesondere auch in vertrieblicher Hinsicht gesichert.

Als weitere Chance ist ein möglicher Erfolg im noch offenen Steuerverfahren über unseren Einspruch gegen die Steuerfestsetzung für den Veranlagungszeitraum 2000 aufzuführen, die im Jahr 2007 zu einem außerordentlichen Steueraufwand von 1,1 Mio. Euro zuzüglich Zinsen führte. Als Folge ergäbe sich dann auch eine deutlich erhöhte Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung.

## **Von uns betriebene Versicherungsarten**

Die einzige von der RWSt betriebene Versicherungsart ist die Sterbegeldversicherung.

Für Tarife, die unterschiedliche Prämien oder Leistungen für Männer und Frauen vorsehen, erfolgt die Kalkulation nach von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV) anerkannten statistischen und versicherungsmathematischen Daten. Ausführlichere Informationen dazu finden Sie auf der Internetseite [www.axa.de](http://www.axa.de).

## **Zugehörigkeit zu Verbänden**

Die RWSt gehört keinem Verband an.

## Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	€	€	€	€	Vorjahr €
<b>A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital</b>					
davon eingefordert: 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €)				3.500.000,00	3.500.000,00
<b>B. Immaterielle Vermögensgegenstände:</b>					
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				35.671,00	19.717,00
<b>C. Kapitalanlagen</b>					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			375.955,00		380.700,00
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		39.132.888,52			43.677.307,39
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		58.280,66			129.400,42
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	21.300.813,46				16.567.751,28
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	67.100.000,00				56.100.000,00
c) übrige Ausleihungen	<u>8.000.000,00</u>	96.400.813,46			8.000.000,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten		<u>1.850.000,00</u>	<u>137.441.982,64</u>	137.817.937,64	1.000.000,00
<b>D. Forderungen</b>					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche		93.075,68			61.567,16
b) noch nicht fällige Ansprüche		<u>705.824,78</u>	798.900,46		322.398,80
II. Sonstige Forderungen			<u>224.771,18</u>	1.023.671,64	189.161,34
davon an verbundene Unternehmen: 72.022,90 € (Vorjahr: 0,00 €)					
<b>E. Sonstige Vermögensgegenstände</b>					
I. Sachanlagen und Vorräte			48.297,00		57.731,68
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			<u>77.038,99</u>	125.335,99	127.943,93
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			2.806.887,73		2.904.685,17
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			<u>183.473,25</u>	2.990.360,98	29.659,26
				<u>145.492.977,25</u>	<u>133.068.023,43</u>

Passiva	€	€	€	Vorjahr €
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Gezeichnetes Kapital	6.000.000,00			6.000.000,00
II. Kapitalrücklage	600.000,00			600.000,00
III. Bilanzgewinn	<u>90.000,00</u>	6.690.000,00		190.000,00
davon Gewinnvortrag 90.000,00 € (Vorjahr: 0,00 €)				
<b>B. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>		2.000.000,00		2.000.000,00
<b>C. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>				
I. Beitragsüberträge	265.959,50			260.787,18
II. Deckungsrückstellung	124.003.385,47			113.075.884,49
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	350.797,57			394.241,95
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	<u>11.505.045,75</u>	136.125.188,29		9.969.998,08
<b>D. Andere Rückstellungen</b>				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	209.603,00			216.724,00
II. Steuerrückstellungen	8.961,17			0,00
III. Sonstige Rückstellungen	<u>170.615,00</u>	389.179,17		84.650,00
<b>E. Andere Verbindlichkeiten</b>				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abge- schlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	104.886,37			112.355,45
II. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>107.832,74</u>	212.719,11		77.431,72
davon:				
aus Steuern: 0,00 € (Vorjahr: 4.292,69 €)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 7.393,45 € (Vorjahr: 31.844,14 €)				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 95.599,45 € (Vorjahr: 41.294,89 €)				
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		75.890,68		85.950,56
		<u>145.492.977,25</u>	<u>133.068.023,43</u>	

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Verzeichnis des Sicherungsvermögens aufgeführten Vermögensanlagen gemäß den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt sind.

Essen, den 25. März 2010

D u s c h a  
Treuhande

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Essen, den 25. März 2010

M e n g e s  
Verantwortlicher Aktuar

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	€	€	€	Vorjahr €
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Verdiente Beiträge				
a) Gebuchte Beiträge	16.447.748,54			16.211.041,22
b) Veränderung der Beitragsüberträge	<u>-5.172,32</u>	16.442.576,22		1.067,67
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			301.828,73	1.042.048,77
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	54.702,96			52.105,72
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>5.555.504,81</u>	5.610.207,77		5.341.147,80
b) Erträge aus Zuschreibungen		142.724,13		409.537,83
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>191.146,00</u>	5.944.077,90	171.516,92
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			387.729,53	27.889,14
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	7.492.619,07			7.226.386,58
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>-43.444,38</u>	7.449.174,69		147.526,29
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
Deckungsrückstellung			10.927.500,98	11.214.623,69
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			3.107.581,40	3.132.780,84
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen	635.704,53			490.525,17
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>455.525,40</u>	1.091.229,93		507.780,40
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	210.453,89			228.439,70
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	4.745,00			10.859,76
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>3.289,00</u>	218.487,89		500,01
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			2.022,15	2.725,93
11. Versicherungstechnisches Ergebnis			<u>280.215,34</u>	<u>294.206,70</u>
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Sonstige Erträge	16.554,48			16.234,55
2. Sonstige Aufwendungen	<u>232.349,79</u>	-215.795,31		105.324,30
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		<u>64.420,03</u>		<u>205.116,95</u>
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.227,04			-4.107,04
5. Sonstige Steuern	<u>-807,01</u>	5.420,03		19.223,99
6. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			59.000,00	0,00
7. Jahresüberschuss			<u>0,00</u>	<u>190.000,00</u>
8. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			90.000,00	0,00
9. Bilanzgewinn			<u>90.000,00</u>	<u>190.000,00</u>

---

## Anhang

---

### Allgemeines

---

#### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

##### Aktiva

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, bilanzierten wir entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Die dauerhafte Wertminderung eines Wertpapiers haben wir angenommen, wenn der Zeitwert des Wertpapiers einen Werteverfall aufgrund einer wesentlichen Verschlechterung des Ratings / der Bonität eines Emittenten aufzeigt und wir aus diesem Grund von einem (Teil-) Ausfall des Schuldtitels ausgehen.

Sofern die Gründe für eine gegebenenfalls vorgenommene Abschreibung nicht mehr existierten, wurde auf die Anschaffungskosten oder den am Stichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 280 Abs. 1 Satz 1 HGB zugeschrieben.

Namensschuldverschreibungen wurden mit dem Nennbetrag gemäß § 341 c Abs.1 HGB, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen, angesetzt. Agio- und Disagiobeträge wurden aktivisch und passivisch abgegrenzt und über die Laufzeit planmäßig aufgelöst.

Schuldscheinforderungen und Darlehen bilanzierten wir mit dem Nennbetrag gemäß § 341 c Abs.1 HGB und, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen. Agio- und Disagiobeträge grenzten wir aktivisch und passivisch ab und lösten diese planmäßig über die Laufzeit auf.

Die übrigen Ausleihungen wurden mit dem Nennbetrag, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen, angesetzt. Agio- und Disagiobeträge grenzten wir aktivisch und passivisch ab und lösten diese planmäßig über die Laufzeit auf.

Die Einlagen bei Kreditinstituten wurden mit den Nennbeträgen angesetzt.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft bilanzierten wir mit den Nennbeträgen, vermindert um vorzunehmende Einzelwertberichtigungen.

Es wurden Pauschalwertberichtigungen gegen Versicherungsnehmer aus Beitragsforderungen (fällige Ansprüche) aktivisch abgesetzt.

Die sonstigen Forderungen aktivierten wir mit dem Nennbetrag.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand wurden mit dem Nennbetrag in Ansatz gebracht.

## **Passiva**

Beitragsüberträge wurden für jede einzelne Versicherung unter Zugrundelegung des tatsächlichen Beginns der Versicherungsperiode berechnet. Bei der Ermittlung der übertragsfähigen Beitragsteile wurde der koordinierte Ländererlass vom 20. Mai 1974 beachtet.

Die Deckungsrückstellung wurde gemäß der versicherungsmathematischen Berechnung für jede einzelne Versicherung nach dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplan nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetztter Kosten ermittelt. Hierbei wurden folgende Rechnungsgrundlagen verwendet: ein Rechnungszins von 3,45 %, 2,75 % bzw. 2,25 %, die Sterbetafel 1994T (Frauen/Männer), eine Zillmerung von maximal 30 ‰ der Versicherungssumme, ein System beitrags- und summenabhängiger Kostenzuschläge sowie für beitragsfreie Jahre Kostenzuschläge, die in der Deckungsrückstellung enthalten sind. Für die den Versicherten im Rahmen des Bonussystems zugewiesenen Überschussanteile wurden nach dem genehmigten Geschäftsplan Deckungsrückstellungen nach den obigen Rechnungsgrundlagen gebildet.

Die in Einzelreservierung gebildete Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthält die voraussichtlichen Leistungen für die zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung gemeldeten, aber noch nicht ausgezahlten Versicherungsfälle.

Bei der Rückstellung für Beitragsrückerstattung handelt es sich um Beträge, die vertraglich für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer bestimmt, aber den einzelnen Versicherungsverträgen noch nicht zugeteilt worden sind.

Der Wertansatz der sonstigen Rückstellungen erfolgte nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Alle anderen Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

## **Gewinn- und Verlustrechnung**

Erträge und Aufwendungen wurden auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

## **Zeitwerte der Kapitalanlagen**

Die Offenlegung von Zeitwerten der Kapitalanlagen erfolgte entsprechend den Vorschriften §§ 54 ff. der RechVersV. Die Angaben erfolgten zum Bilanzstichtag. Im Einzelnen wurden folgende Ermittlungsverfahren angewandt:

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden im Wesentlichen die Börsenkurse per 31. Dezember 2009 angesetzt.

Die Zeitwerte für Schuldscheindarlehen und Namenspapiere, sonstige Ausleihungen und andere Kapitalanlagen wurden nach der Renditebewertung nach Moosmüller (Zinskurve sowie bonitäts- und laufzeitspezifischer Risikozuschlag per 31. Dezember 2009) ermittelt.

Wegen des kurzfristigen Charakters der Einlagen bei Kreditinstituten entspricht der Zeitwert dem Buchwert.

---

## Erläuterungen zur Bilanz

---

### Aktiva

#### **B. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände

Hierunter ist die entgeltlich erworbene EDV-Software mit den Anschaffungskosten, vermindert um die Abschreibung entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, ausgewiesen.

#### **C. Kapitalanlagen**

##### I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Ausgewiesen ist der Buchwert des überwiegend gewerblich genutzten Grundstückes mit Gebäude in Essen, Lindenallee 72/74, Vereinstraße. Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, die jeweils in steuerlich zulässiger Höhe vorgenommen werden.

Auf die eigenbetrieblich genutzte Fläche von ca. 45 % der gesamten Nutzfläche entfällt ein anteiliger Buchwert in Höhe von rund 169 Tsd. Euro.

##### II. Sonstige Kapitalanlagen

###### 1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Es handelt sich hierbei um Inhaberschuldverschreibungen sowie um Anleihen, Kommunalobligationen, Pfandbriefe und sonstige Schuldverschreibungen. Die hier ausgewiesenen Kapitalanlagen sind überwiegend dem Anlagevermögen zugeordnet. Bei über pari erworbenen Titeln wurde auf den Zeitwert abgeschrieben, soweit dieser den Nominalwert nicht unterschritten hatte. Darüber hinaus wurde von dem gemilderten Niederstwertprinzip Gebrauch gemacht. Daraus resultieren stille Lasten nach § 341b HGB in Höhe von 761 Tsd. Euro.

###### 2. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen

Die Hypothekendarlehen sind zum Nennwert, vermindert um Tilgungen, angesetzt. Die Tilgung bemisst sich auf mindestens 1 % zuzüglich der ersparten Zinsen.

###### 3. Sonstige Ausleihungen

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit dem Nennwert bilanziert.

###### 4. Einlagen bei Kreditinstituten

Hier handelt es sich um Tagesgelder bei der National-Bank AG und der Sparkasse in Essen.

#### Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungsrisiken, Zinsrisiken und Börsen-, Marktpreis- oder sonstigen Preisschwankungen wurden im Geschäftsjahr nicht eingesetzt.

## Zeitwerte der Kapitalanlagen

	Bilanzwerte		Zeitwerte		Bewertungsreserven			Bewertungsreserven			Bewertungsreserven	
	2009	2008	2009	2008	2009			2008			2009	2008
	Tsd. Euro		Tsd. Euro		positiv	negativ	saldiert	positiv	negativ	saldiert	in % vom Bilanzwert	
Grundstücke und Bauten	376	381	376	381	0	0	0	0	0	0	0,0%	0,0%
sonstige Kapitalanlagen	137.442	125.474	134.895	124.147	3.507	-6.054	-2.547	2.881	-4.208	-1.327	-1,9%	-1,1%
Gesamte Kapitalanlagen	137.818	125.855	135.271	124.528	3.507	-6.054	-2.547	2.881	-4.208	-1.327	-1,8%	-1,1%

## Ergänzungen zu den Zeitwerten

Für Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, sind im Folgenden nach Anlagekategorien die Bilanzwerte und die beizulegenden Zeitwerte dargestellt.

	Bilanzwerte Tsd. Euro	Zeitwerte Tsd. Euro
Inhaberschuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere im Anlagevermögen nach §341 b HGB	10.489	9.774
Schuldscheinforderungen	33.200	32.160
übrige Ausleihungen	8.000	4.520

Die Wertminderung ist ausschließlich durch Marktzinsänderungen bedingt. Substanzminderungen durch ein Bonitätsrisiko liegen nicht vor. Aus diesem Grund wurden außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB unterlassen.

## Zuordnung von Kapitalanlagen zum Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB

Auf der Grundlage nachfolgender Darstellungen nimmt die RWSt die Möglichkeit des § 341b Abs. 2 HGB in Anspruch, Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zuzuordnen, da sie dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

1. Im Geschäftsjahr 2009 wurden Kapitalanlagen mit einem Buchwert von 39.133 Tsd. Euro dem Anlagevermögen zugeordnet. (2008: 38.990 Tsd. Euro). Dies entspricht einem Anteil von 28,39 % (2008: 30,98 %) an den gesamten Kapitalanlagen.
2. Grundlage für die Bestimmung:  
Die Bestimmung, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wird aus folgenden Indikatoren abgeleitet:
  - a) Die RWSt ist in der Lage, die dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen so zu verwenden, dass sie dauernd dem Geschäftsbetrieb dienen können.
  - b) Aufgrund der laufenden Liquiditätsplanung besitzt die RWSt die Fähigkeit zur Daueranlage der betreffenden Kapitalanlagen.
  - c) Die dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen werden in der Buchhaltung jeweils auf gesonderten Konten von den anderen Wertpapieren getrennt erfasst. Eine depotgemäße Trennung von Anlage- und Umlaufvermögen ist gewährleistet.
3. Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen werden Abschreibungen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung gemäß § 341b HGB vorgenommen.

Hieraus ergab sich keine Notwendigkeit für außerordentliche Abschreibungen.

Zum 31. Dezember 2009 wurden dem Anlagevermögen Kapitalanlagen zugeordnet, bei denen stille Lasten in Höhe von 761 Tsd. Euro vorlagen. Ausfallrisiken sind nicht erkennbar. Wir gehen von einer vollständigen Rückzahlung der entsprechenden Papiere aus.

### Nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertete Kapitalanlagen

	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. Euro	Zeitwerte Geschäftsjahr Tsd. Euro	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. Euro	Zeitwerte Vorjahr Tsd. Euro
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39.133	39.542	38.990	38.817
Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert		409		-173

## D. Forderungen

- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:  
Versicherungsnehmer
  - a) fällige Ansprüche  
Es handelt sich um rückständige Beiträge.

b) noch nicht fällige Ansprüche

Dieser Betrag setzt sich aus vorwiegend durch  
Zillmerung entstandenen negativen Deckungskapitale  
gemäß der versicherungsmathematischen Berechnung  
zum 31.12.2009 zusammen

Euro

720.229,37

abzüglich Pauschalwertberichtigungen  
in Höhe von 2 %

./. 14.404,59

705.824,78

II. Sonstige Forderungen

Unter den Sonstigen Forderungen werden im Wesentlichen aufgrund von geänderten Steuererklärungen Forderungen für 2008 aktiviert. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen enthalten aufgrund der seit 2009 bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft Forderungen aus Ertragsteuerrückerstattung für das Geschäftsjahr.

**E. Sonstige Vermögensgegenstände**

I. Sachanlagen und Vorräte

Die Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgen linear. Die Nutzungsdauer wird mit 3 bis 13 Jahren angenommen.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die Geldkonten werden bei der Commerzbank AG, der Sparkasse Essen, der National-Bank AG und der Postbank in Essen geführt.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände mit Ausnahme der Sachanlagen und Vorräte haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

**F. Rechnungsabgrenzungsposten**

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Hierbei handelt es sich um noch nicht fällige Zinsen aus Wertpapieren.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich um Agien auf erworbene Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen, die auf die Darlehenszeit verteilt werden, und um voraus gezahlte Versicherungsprämien.

## Passiva

### A. Eigenkapital

- I. Das Grundkapital beträgt 6 Mio. Euro und ist in 6 Mio. Aktien im Nennbetrag von je 1 Euro eingeteilt. Die DBV Holding AG hält zum 31.12.2009 das gezeichnete Kapital der Gesellschaft zu 100 % und ist damit die alleinige Aktionärin der Gesellschaft.

### B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Der AXA Konzern AG hat der RWSt im Jahr 2008 ein Nachrangdarlehen in Höhe von 2,0 Mio. € gewährt, das erstmals zum 15. Dezember 2015 zurückgezahlt werden kann.

### C. Versicherungstechnische Rückstellungen

#### I. Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge sind um den Inkassozuschlag von 3 % vermindert.

#### II. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung entwickelte sich im Jahr 2009 wie folgt:	Euro
Stand 1. Januar 2009	113.075.884,49
Zuführung gemäß versicherungsmathematischer Berechnung zum 31.12.2009	10.927.500,98
Stand 31. Dezember 2009	124.003.385,47

Hierin enthalten ist eine Zusatzdeckungsrückstellung zum Tarif 40 in Höhe von 175.678,26 Euro.

Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung an den Kapitalmärkten wurde der Rechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung des Altbestands von 3,60 % auf 3,45 % mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gesenkt. Die Stärkung der Deckungsrückstellung um den Betrag von 2.391.627,24 Euro ist in dem oben genannten Zuführungsbetrag enthalten. Unter Berücksichtigung der entsprechenden Verminderung der negativen Deckungskapitalien (ausgewiesen unter Position Aktiva D.I.b) um 45,71 Euro ergab sich ein Gesamtbetrag von 2.391.672,95 Euro, der aus dem Geschäftsergebnis finanziert wurde.

#### III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung eingetretene und bekannt gewordene, aber noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und Austritte wurde für jede einzelne Versicherung ermittelt.

Für die nach dem Tag der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versicherungsfälle, die bis zum Abschlussstichtag eingetreten sind, ist eine Spätschadenrückstellung in Höhe des riskierten Kapitals gebildet worden. Diese Rückstellung ist auf Grund von Erfahrungssätzen für schon eingetretene Versicherungsfälle, die erst nach dem Abschlussstichtag gemeldet werden, erhöht worden.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen ist enthalten.

#### IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) entwickelte sich im Jahr 2009 wie folgt:

	Euro
Stand 1. Januar 2009	9.969.998,08
Entnahmen für Gewinnzuschläge in Leistungsfällen	./.
	1.270.705,00
Entnahmen für Leistungserhöhungen	./.
	301.828,73
Zuführung aus dem Überschuss 2009	3.107.581,40
<hr/>	
Stand 31. Dezember 2009	11.505.045,75

Davon entfallen zum Ende des Berichtsjahres

	Euro
a) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile (für Gewinnzuschläge im Leistungsfall)	2.729.716,12
b) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	-
c) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	-
d) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	-
e) auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe a	-
f) auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach den Buchstaben b und e	-
g) auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	-
h) freie RfB	8.775.329,63

#### D. Andere Rückstellungen

##### I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen wurden gemäß dem versicherungsmathematischen Gutachten auf Basis der Richttafeln von Prof. Dr. K. Heubeck von 2005 G im Hinblick auf die längerfristige Entwicklung des Zinsniveaus für die Handelsbilanz mit einem Rechnungszins von 3,5 % (im Vorjahr 3,5 %) berechnet.

##### II. Steuerrückstellungen

Diese Rückstellung betrifft die Körperschaftssteuer und den Solidaritätszuschlag für das Jahr 2007.

### III. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen Depotgebühren, Kosten für die Jahresabschlussprüfung, interne Kosten des Jahresabschlusses, Urlaubsverpflichtungen, Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen sowie den Beitrag zur Berufsgenossenschaft.

### E. Andere Verbindlichkeiten

#### I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber

##### 1. Versicherungsnehmern

Es handelt sich um:	<u>Euro</u>
Beitragsvoraus- bzw. überzahlungen	43.726,21
Verzinslich angesammelte Gewinnanteile und Zinsen	61.160,16
	<u>104.886,37</u>

#### II. Sonstige Verbindlichkeiten

Hierin sind u.a. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Sozialabgaben, Lohn- und Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag, Verwaltungskosten/Hauskosten enthalten. Diese Verbindlichkeiten haben – wie zum Vorjahresstichtag – eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

### F. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich um Disagien auf Namensschuldverschreibungen, die entsprechend der Darlehenslaufzeit vereinnahmt werden.

---

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

---

### I. Versicherungstechnische Rechnung

	2009 Euro	2008 Euro
<b>1. Verdiente Beiträge</b>		
gebuchte Beiträge		
laufende Beiträge		
Beiträge	15.960.158,87	15.861.275,38
UZV-Beiträge	190.788,34	189.350,68
Nebenleistungen (Kleinsummen- und Direktzahlerzuschlag)	16.657,89	16.798,11
Einmalbeiträge	280.143,44	143.617,05
	16.447.748,54	16.211.041,22
Veränderung der Beitragsüberträge	-5.172,32	1.067,67
	<u>16.442.576,22</u>	<u>16.212.108,89</u>

Die zur Gänze im Inland erzielten verdienten Beiträge (gebuchte Beiträge) stammen sämtlich aus Einzelversicherungen.

Rückversicherer wurden nicht involviert; der Rückversicherungssaldo ist mithin Null.

### 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Entnahme für Leistungserhöhungen aus der  
Überschussverwendung

301.828,73	1.042.048,77
<u>301.828,73</u>	<u>1.042.048,77</u>

### 3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2009 Euro	2008 Euro
Die gesamten Erträge aus Kapitalanlagen betragen:		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken davon aus eigener Nutzung 26.210,60 Euro	54.702,96	52.105,72
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.677.518,03	2.187.086,73
Hypothekenforderungen	3.819,13	6478,27
Namenschuldverschreibungen	620.457,02	901.179,23
Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.776.644,85	1.856.765,77
übrige Ausleihungen	470.427,81	298.225,00
Fest-, Termingelder und Spareinlagen	8.322,71	84.073,36
Aufwand bzw. Ertrag (Saldo) aus der Auflösung abgegrenzter Disagio- und Agiobeträge	-1.684,74	7.339,44
	<u>5.610.207,77</u>	<u>5.393.253,52</u>
b) Erträge aus Zuschreibungen	142.724,13	409.537,83
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	191.146,00	171.516,92

### 4. Sonstige versicherungstechnische Erträge

Die Erträge betreffen im Wesentlichen die Erhöhung noch nicht fälliger Forderungen an Versicherungsnehmer.

### 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle

#### a) Zahlungen für Versicherungsfälle

Es handelt sich um:

Sterbegeldleistungen	6.429.888,26	6.196.766,32
Leistungen bei Rückkauf	1.062.730,81	1.029.620,26
	<u>7.492.619,07</u>	<u>7.226.386,58</u>

Die Aufwendungen enthalten auch die Regulierungsaufwendungen.

## **10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen**

Hierbei handelt es im Wesentlichen um die Zuführung der Zinsen zu den verzinslich angesammelten Gewinnanteilen.

## **II. Nichtversicherungstechnische Rechnung**

### **1. Sonstige Erträge**

Es handelt sich um die Verminderung übriger Rückstellungen und Zinsen auf laufende Guthaben.

### **2. Sonstige Aufwendungen**

Die sonstigen Aufwendungen betreffen vor allem Zinsen für das Nachrangdarlehen, den Aufsichtsrat, die Hauptversammlung und Abschlussveröffentlichung, die Abschlussprüfung und ähnliche Aufwendungen sowie Aufsichtsgebühren.

### **4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

Die unter diesem Posten saldiert ausgewiesenen Steueraufwendungen betreffen Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Gewerbesteuer.

## Entwicklung der Aktivposten B, C I bis II im Geschäftsjahr 2009

### Aktivposten

Geschäftsjahr	Bilanzwerte	Zugänge	Umbu-	Abgänge	Zuschrei-	Abschrei-	Bilanzwerte
	Vorjahr		chungen		bungen	bungen	
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
B. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	20	25	-	-	-	9	36
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	381		-	-	-	5	376
C II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	43.677	-	-	4.687	143	-	39.133
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	129	-	-	71	-	-	58
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	16.568	5.500	-	767	-	-	21.301
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	56.100	12.000	-	1.000	-	-	67.100
c) übrige Ausleihungen	8.000	-	-	-	-	-	8.000
4. Einlagen bei Kreditinstituten	1.000	850	-	-	-	-	1.850
5. Summe C II.	125.474	18.350	0	6.525	143	-	137.442
Insgesamt	125.875	18.375	0	6.525	143	14	137.854

---

## Überschussbeteiligung

---

Auch im Jahr 2010 wird bei Leistungsfällen (Sterbefällen) zu Versicherungen nach den Sterbegeldtarifen 20 und 30 zusätzlich zum Sterbegeld ein Gewinnzuschlag von 20 % des Sterbegelds einschließlich aller beitragsfreien Erhöhungen aufgerundet auf volle EURO gezahlt.

Bei Versicherungen nach dem Sterbegeldtarif 40 wird bei Todesfällen nach Vollendung des dritten Versicherungsjahres zusätzlich zum Sterbegeld ein Gewinnzuschlag von 20 % des Sterbegelds einschließlich aller beitragsfreien Erhöhungen aufgerundet auf volle EURO gezahlt.

Bei Leistungsfällen aus der Unfall-Zusatzversicherung wird kein zusätzlicher Gewinnzuschlag für die Unfallzusatzversicherung gezahlt.

Bei vorzeitigem Erlöschen der Sterbegeldversicherung (Kündigung) entfällt die Zahlung des Gewinnzuschlags zum Sterbegeld.

Gemäß den Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars im versicherungsmathematischen Gutachten wurde ein Betrag von 302 Tsd. Euro zur beitragsfreien Erhöhung der Versicherungsleistungen verwendet.

Alle Versicherungen nach Tarif 30 mit laufender Beitragszahlung, die am 31.12.2008 im Bestand waren und deren Versicherungsbeginn vor dem 31.12.2005 liegt, erhalten eine beitragsfreie Erhöhung von 0,75 % ihres Sterbegeldes.

Die Sterbegelder der Versicherungen nach Tarif 30 und 40, die am 31.12.2008 im Bestand waren und im Zeitraum zwischen dem 01.01.2003 und dem 31.12.2008 als Neuabschluss gegen Einmalbeitrag zugegangen sind, werden ebenfalls erhöht, wobei ein zeitanteiliger Faktor entsprechend dem Zeitanteil ab dem Versicherungsbeginn bis zum 31.12.2008 im Verhältnis zum Zeitraum 01.01.2003 bis 31.12.2008 berücksichtigt wird.

Bei Neuabschlüssen gegen Einmalbeitrag nach Tarif 30 wird das Sterbegeld einschließlich aller bisherigen Erhöhungen mit einem Erhöhungs-Prozentsatz von Faktor \* 1,5 % erhöht.

Bei Neuabschlüssen gegen Einmalbeitrag nach Tarif 40 wird das Sterbegeld mit einem Erhöhungs-Prozentsatz von Faktor \* 2,0 % erhöht.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat die Unbedenklichkeit bestätigt.

Entsprechend § 153 Abs. 3 des Versicherungsvertragsgesetzes werden die Sterbegeldversicherungen als überschussberechtigte Verträge bei Vertragsbeendigung (Tod oder Kündigung) an den dann vorhandenen Bewertungsreserven der Kapitalanlagen nach einem verursachungsorientierten Verfahren beteiligt.

Die Maßzahl für die Zuordnung der verteilungsfähigen Bewertungsreserven berücksichtigt das Bilanzdeckungskapital und das Überschussguthaben zum letzten Bilanzstichtag, die Anzahl der vollendeten Vertragsjahre und den Vertragsstatus. Ist ein Vertrag anspruchsberechtigt, so erhält er bei Vertragsbeendigung die Hälfte des ihm zugeordneten Anteils an den Bewertungsreserven. Dabei werden die Bewertungsreserven zugrunde gelegt, die zum 1. Börsentag des Vormonats vorhanden waren.

Das Verfahren der Beteiligung an den vorhandenen Bewertungsreserven erfolgt gemäß eines von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplans.

---

## **Aufsichtsrat, Vorstand und Treuhänder**

---

### **Aufsichtsrat**

Herbert Falk, Vorsitzender, Verwaltungsratsvorsitzender DBV Öffentlichrechtliche Anstalt für Beteiligungen

Dr. Bernhard Görgens, stellvertretender Vorsitzender, Vorstandsvorsitzender Stadtwerke Essen AG

Wolfgang Hanssmann, Mitglied des Vorstandes AXA Konzern AG

Wolfgang Meyer, Partner DKRP Gesellschaft für Personalmanagement

Dr. Henning Osthues-Albrecht, Vorstandsvorsitzender i. R. Sparkasse Essen

Dr. Wolfgang Rollig, Mitglied der Geschäftsführung VVS Holding Vertriebs- Verwaltungs- u. Service GmbH

Dr. Heinz-Peter Roß (bis 30. April 2009), ehem. Mitglied des Vorstandes AXA Konzern AG

Gregor Schulz, Generalbevollmächtigter i. R. Öffentlicher Dienst DBV-Winterthur Versicherungen

Axel Witte, Geschäftsführender Gesellschafter RST HANSA GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Martin Bienhaus (ab 31. August 2009), Verantwortlicher Aktuar der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG

### **Ehrevorsitzender/Ehrenmitglieder**

Dr. Dieter Leuze, Ehrevorsitzender, Universitätsprofessor für Verwaltungsrecht

Edeltraut Beierer, Bereichsdirektorin i. R. DBV-Winterthur Lebensversicherung AG

### **Vorstand**

Jens Hasselbächer, Leiter Exklusiv-Vertrieb AXA Service AG

Dr. Christoph Jurecka (bis 25. April 2009), ehem. Chief Risk Officer AXA Konzern AG

Michael Menges, Senior Aktuar AXA Service AG

Jürgen Nake (ab 01. Juli 2009), Projektleiter Finanzen AXA Service AG

### **Treuhänder**

Bernd Duscha, Treuhänder, Ltd. Städt. Verwaltungsdirektor a.D.

Peter Volkmer, stellv. Treuhänder, Ltd. Städt. Verwaltungsdirektor a.D.

---

## Persönliche Aufwendungen und Personalbestand

---

### Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	636	475
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	378	427
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	75	82
5. Aufwendungen für Altersversorgung	22	21
6. Aufwendungen insgesamt	1.111	1.005

---

Die Aufwandsentschädigung betrug für die Vorstandsmitglieder 33.600 Euro, für die Mitglieder des Aufsichtsrats 36.825 Euro.

Frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen erhielten Bezüge in Höhe von 8.207,88 Euro. Die für diese Personengruppe gebildeten Pensionsrückstellungen belaufen sich auf 44.958 Euro.

### Personalbestand

Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt 9 Mitarbeiter beschäftigt.

---

## Konzernvermerk

---

Nach den vorliegenden Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 4 AktG hält die DBV Holding AG, Wiesbaden, 100 % am Grundkapital unserer Gesellschaft.

Im Verhältnis zur DBV Holding AG, Wiesbaden, sind wir ein Konzernunternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG in Verbindung mit § 18 Abs. 1 AktG.

Die RWSt wird in den Konzernabschluss der AXA, Paris, sowie in den Konzernabschluss der AXA Konzern AG, Köln, zum 31. Dezember 2009 einbezogen. Die AXA, Paris, stellt den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen auf, und die AXA Konzern AG stellt den Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen auf. Der Konzernabschluss der AXA, Paris, wird bei der französischen Finanzaufsichtsbehörde in Paris (Autorités des Marchés Financiers) unter RCS (Registre du Commerce et des Sociétés) 572 093 920 hinterlegt. Der Konzernabschluss der AXA Konzern AG wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums für Justiz veröffentlicht.

Essen, den 25. März 2010

Rheinisch-Westfälische Sterbekasse  
Lebensversicherung Aktiengesellschaft

M e n g e s

H a s s e l b ä c h e r

N a k e

---

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

---

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung AG, Essen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 07. April 2010

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Christofer Hattemer  
Wirtschaftsprüfer

---

## **Ergebnisabführung und Gewinnverwendungsvorschlag**

---

### **Ergebnisabführung**

Der im Geschäftsjahr 2009 erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 59.000 EUR wurde aufgrund des im November 2009 geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages an die DBV Holding AG abgeführt.

### **Gewinnverwendungsvorschlag**

Aus dem Berichtsjahr besteht noch ein Bilanzgewinn in Form eines Gewinnvortrags in Höhe von 90.000 Euro. Wir schlagen der Hauptversammlung vor, diesen Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

---

## Bericht des Aufsichtsrats

---

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben überwacht und sich während des gesamten Jahres 2009 fortlaufend von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Durch regelmäßige Berichte und in zwei Sitzungen wurde er eingehend mündlich und schriftlich gem. § 90 des Aktiengesetzes (AktG) über die allgemeine Geschäftsentwicklung, über grundlegende Angelegenheiten sowie die strategischen Ziele der Geschäftsführung unterrichtet. Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie die Lage und Entwicklung der Gesellschaft wurden ausführlich besprochen. Geschäfte und Maßnahmen des Vorstandes, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, sind in den Sitzungen vor der Beschlussfassung vom Vorstand eingehend erläutert worden.

In der Sitzung im April 2009 befasste sich der Aufsichtsrat intensiv mit dem Bericht des Vorstandes über den vorgelegten Jahresabschluss 2008. In der gleichen Sitzung berichtete der Vorstand über den Integrationsprozess AXA/DBV-Winterthur, die VVG-Reform und die Gesellschaftsstrategie. Ebenso hat der Verantwortliche Aktuar an der bilanzfeststellenden Sitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und diesem die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung ausführlich mündlich dargestellt und Fragen des Aufsichtsrates beantwortet.

In einem schriftlichen Verfahren im Juni 2009 hat der Aufsichtsrat Herrn Jürgen Nake mit Wirkung zum 01. Juli.2009 als Nachfolger von Herrn Dr. Christoph Jurecka zum Mitglied des Vorstands gewählt.

In der Sitzung des Aufsichtsrates im November 2009 informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über den bisherigen Geschäftsverlauf im laufenden Jahr und gab einen Kurzbericht über die vorläufige Planung 2010. Des Weiteren erörterte der Aufsichtsrat die Weiterentwicklung der Gesellschaft und stimmte sowohl der Festsetzung der Überschussanteile für 2010 als auch der vorgelegten Risikostrategie zu. Außerdem berichtete der Vorstand über verschiedene Gesetzesänderungen, die im Jahr 2009 in Kraft getreten sind. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat dem Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages mit der DBV Holding AG als gewinnempfangender Gesellschaft zugestimmt.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 sind von der vom Aufsichtsrat zum Abschlussprüfer bestellten PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Jahresabschluss und der Lagebericht lagen dem Aufsichtsrat unverzüglich nach der Aufstellung vor. Ebenso wurde der Bericht des Abschlussprüfers allen Mitgliedern des Aufsichtsrates fristgerecht vorgelegt. Der Abschlussprüfer hat den Prüfungsbericht und das Prüfungsergebnis dem Aufsichtsrat in der bilanzfeststellenden Sitzung zusätzlich mündlich erläutert und Fragen des Aufsichtsrates beantwortet. Der Aufsichtsrat stimmte dem Bericht und den Erläuterungen zu.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns ebenfalls geprüft. Die Prüfung hat keine Beanstandung ergeben. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist und schließt sich dem Vorschlag für die Gewinnverwendung an.

Im vergangenen Jahr sind sowohl im Aufsichtsrat als auch im Vorstand Personalveränderungen eingetreten.

Herr Dr. Heinz-Peter Roß ist mit Wirkung zum 30. April 2009 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Herr Martin Bienhaus wurde mit Wirkung zum 31. August 2009 zum Mitglied des Aufsichtsrates gewählt.

Herr Dr. Christoph Jurecka ist mit Wirkung zum 25. April 2009 aus dem Vorstand ausgeschieden.

Herr Jürgen Nake ist mit Wirkung zum 1. Juli 2009 zum Mitglied des Vorstandes bestellt worden.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrates für ihre engagierte und erfolgreiche Arbeit.

Köln, den 26. April 2010

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats

F a l k

---

## Anlage zum Lagebericht

### - Bewegung des Bestands an Sterbegeld- und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2009

---

<b>Sterbegeldversicherungen</b>		<b>Versicherungen</b>	<b>Versicherte</b>	<b>Versicherungssumme</b>
		Anzahl	Anzahl	Euro
I	Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	112.305	101.224	413.523.166
II	Zugang während des Geschäftsjahres			
1.	abgeschlossene Versicherungen	4.419	4.213	21.190.151
2.	sonstiger Zugang	1.890	1.676	5.139.003
3.	gesamter Zugang	6.309	5.889	26.329.154
III	Abgang während des Geschäftsjahres			
1.	durch Tod	2.332	2.009	6.469.573
2.	Storno	1.551	1.413	6.407.133
3.	sonstiger Abgang	1.890	1.676	6.860.272
4.	gesamter Abgang	5.773	5.098	19.736.978
IV	Bestand am Ende des Geschäftsjahres	112.841	102.015	420.115.342
	davon beitragsfreie Versicherungen	12.863	10.496	28.073.903
<b>Unfallzusatzversicherungen</b>		<b>Versicherungen</b>		<b>Versicherungssumme</b>
		Anzahl		Euro
I	Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	86.394		322.457.835
II	Bestand am Ende des Geschäftsjahres	86.289		327.612.918